

# TEMPOLIMITS STATT INVESTITIONEN

Der Bundestag hat die Einführung von flächendeckendem Unterfahrschutz abgelehnt – zu teuer. Stattdessen wird wohl mehr geblitzt

TEXT UND INTERVIEW: TILMANN ZIEGENHAIN  
FOTOS: ARCHIV MEHRSI/PRESSEBILD

**L**eitplanken verhindern, dass Fahrzeuge ungewollt von der Fahrbahn abkommen. Das wiederum verhindert viele schwere Unfälle. Ursprünglich für den Motorsport entwickelt, wurde die erste Leitplanke auf deutschen Straßen 1955 in der Nähe von Bochum montiert. Entwickelt in einer Zeit, in der nur diejenigen Motorradfahrer fuhr, die sich nichts anderes leisten konnten, sind Leitplanken bis heute mehrheitlich auf Autos ausgelegt – die Abprallplanke liegt in der Höhe eines durchschnittlichen Pkw-Motors. Für Motorradfahrer ist das gefährlich: Biker, die nach einem Sturz unter Leitplanken durchrutschen, erleiden oft schwere Amputationsverletzungen.

Ein sogenannter Unterfahrschutz schafft Abhilfe: Die unterhalb der eigentlichen Leitplanke angebrachte weitere Planke absorbiert beim Aufprall Energie und verhindert die oft tödlichen Verletzungen von Motorradfahrern.

## Linke fordert verpflichtenden Einsatz

Mit einem kürzlich im Bundestag eingebrachten Antrag wollte die Linkspartei Motorradfahrer besser schützen. Die Abgeordneten forderten die flächendeckende Anbringung von Unterfahrschutzplanken. Eine Maßnahme, die in der Regel nur wenige tausend

Euro kosten würde, wie die Partei erklärte. In Kurven, die für Auto- und Lkw-Fahrer ungefährlich seien, sollten Leitplanken außerdem durch Erdwälle ersetzt werden, heißt es überdies im Antrag. Bei Neubau oder Instandsetzung von Straßen sollten diese Maßnahmen verpflichtend sein, so die Abgeordneten weiter. Zur Finanzierung hätten nach Vorstellung der Linkspartei Einnahmen aus der Lkw-Maut herangezogen werden sollen.

## Union, SPD und AfD: Tempolimits tun's auch!

Doch der Antrag fand keine Mehrheit im Verkehrsausschuss. Neben der Linkspartei stimmten Anfang April nur die Grünen dafür; Union, SPD und AfD stimmten dagegen, die FDP enthielt sich.

Wie der Pressedienst des Bundestages mitteilte, betonte der Vertreter der Union während der Beratung, dass die zuständi-

gen Behörden schon jetzt die Möglichkeit hätten, die geforderten Maßnahmen zu ergreifen. Sie dazu zu verpflichten, könne finanzschwache Länder und Kommunen dagegen überfordern. Außerdem bestehe die Möglichkeit, die Situation durch Tempolimits zu entschärfen.

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat die AfD: Eine Verpflichtung sei nicht sinnvoll, stattdessen sollten auf kurvenreichen, von Motorradfahrern häufig genutzten Strecken Tempolimits eingeführt werden. Und auch die SPD setzt auf Geschwindigkeitskontrollen – zumal auf den meisten wichtigen Straßen der Länder bereits entsprechende Maßnahmen erfolgt seien.

Ganz im Sinne ihrer Enthaltung bei der Abstimmung argumentierte die FDP: Das Problem müsse „angegangen“ werden, allerdings nicht mit der „ganz großen Keule“ wie im Antrag der Linksfraktion, kritisierte ein Vertreter der Fraktion laut Bundestagspressedienst. «

## „Aussagen wie ‚wir fordern‘ und ‚das steht uns zu‘ haben noch keinem das Leben gerettet“



Monika Schwill ist Geschäftsführerin von „MEHRSi“ („Mehr Sicherheit“). Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 setzt sich die gemeinnützige GmbH für den flächendeckenden Einsatz des Unterfahrschutzes ein.

**Union, SPD und AfD haben auf der Sitzung des Verkehrsausschusses argumentiert, dass statt Unterfahrschutz auch Tempolimits helfen.**

**Was meinen Sie?**

Das ist eine typische Argumentation derer, die über Motorradfahrer denken: „Alles Raser!“ Schmutz oder Bitumen auf der Fahrbahn – und schon ist es passiert. Ob mit 50 km/h oder 100 km/h gegen den scharfkantigen Stützpfosten – die Gliedmaßen sind ab.

**BIKERS NEWS: Frau Schwill, der Bundestag hat die flächendeckende Einführung des Unterfahrschutzes kürzlich abgelehnt. Was bedeutet diese Entscheidung für Ihre Arbeit?**

Schwill: Weitermachen, so wie wir es seit fast sechzehn Jahren tun. Auf Gesetzespflicht zu warten wäre tödlich – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Aussagen wie „wir fordern“ und „das steht uns zu“ haben noch keinem das Leben gerettet. Als wir 2003 mit unserer Arbeit begannen – damals kannte noch keiner den Unterfahrschutz – lautete unser Ziel: „Und wenn wir nur ein Leben retten, so war es all unsere Arbeit wert.“ Das Tolle ist, dass wir seitdem unzählige Biker vor schwersten oder gar tödlichen Verletzungen bewahren konnten.

**Die Bundesregierung argumentiert, dass sich die Montage eines Unterfahrschutzes mitunter negativ auf die Sicherheit von Pkw auswirken könne. Eine generelle Anbringung sei daher auch aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht sinnvoll – vielmehr gelte es, alle Randbedingungen und die örtlichen Verhältnisse abzuwägen. Geht die Sicherheit der Motorradfahrer tatsächlich auf Kosten der Sicherheit von Autofahrern?**

Es gab mal einen Test auf der „grünen Wiese“ – vor vielen Jahren und fernab der Realität –, bei dem sich ein Pkw aufgrund des Unterfahrschutzes aufgestellt haben soll. In der Praxis ist mir kein einziger Fall bekannt, in dem ein Pkw irgendwelche Nachteile durch den Unterfahrschutz hatte.



Der Bundestagsabgeordnete Thomas Lutze (Die Linke) hat sich maßgeblich für den Antrag eingesetzt. Er ist selbst kein Biker, sondern Politiker. Als solcher befasst er sich seit einigen Jahren mit dem Thema Motorradsicherheit



Clip von einem Motorradunfall – und der wichtigen Funktion von Unterfahrschutz  
[www.tinyurl.com/Unterfahrschutz](http://www.tinyurl.com/Unterfahrschutz)



Laut einer Aussage der Bundesregierung von 2006 kostet die Montage von Unterfahrschutz 20–25 Euro pro Meter. Das könne finanzschwache Länder und Kommunen überfordern, meint die Union

**MEHRSi gemeinnützige GmbH**

Rheinstr. 14  
50321 Brühl  
Tel. 02232-2059642  
[info@mehrsi.org](mailto:info@mehrsi.org)  
[www.mehrsi.org](http://www.mehrsi.org)

